



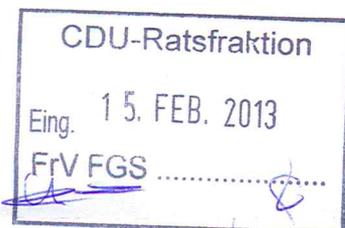
Bund der Steuerzahler • Ellernstraße 34 • 30175 Hannover

CDU-Fraktion
im Braunschweiger Rat
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Ellernstraße 34 · 30175 Hannover
Telefon: 0511 515183-0 · Telefax: 0511 515183-33
Niedersachsen-und-Bremen@steuerzahler.de

www.steuerzahler-niedersachsen-bremen.de

Ihr Zeichen
Ihr Schreiben vom
unser Zeichen -36
Hannover, den 12. Februar 2013



Haushalt 2013 der Stadt Braunschweig

Sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuellen Beratungen zum diesjährigen Haushalt geben Anlass zur Sorge um die Solidität der Braunschweiger Finanzpolitik. Wir sehen die Gefahr, dass Konsolidierungserfolge verspielt werden, indem die derzeit günstige Konjunktur zu Etataufstockungen verleitet. Deshalb möchten wir Folgendes zu bedenken geben:

Der von der Verwaltung vorgelegte Ergebnishaushalt (Entwurf 2013) sieht Aufwendungen in Höhe von 682,4 Millionen Euro vor. Dies entspricht einer Steigerung von etwa 4,5 % gegenüber dem Haushaltsansatz des Vorjahres. Allein die prognostizierten Steuereinnahmen liegen bei etwa 354,2 Millionen Euro. Noch im Jahr 2010 wurden hier rund 105 Millionen Euro weniger eingenommen. Diese Zahlen verdeutlichen in beeindruckender Weise, wie sehr Braunschweigs Stadtfinanzen von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Zugleich aber muss sich die Stadtpolitik darüber im Klaren sein, dass die derzeitigen Einnahmen nicht dauerhaft vorausgesetzt werden können und sich morgen möglicherweise eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben auftut, die harte Konsolidierungsmaßnahmen erfordert.

Die verbesserten finanziellen Spielräume erlauben es, zahlreiche Investitionsmaßnahmen im Stadtgebiet umzusetzen. Ein Schwerpunkt ist dabei die Sanierung von Schulen und Kitas. Auch städtebauliche Maßnahmen wie die Sanierung des westlichen Ringgebiets schlagen zu Buche. Insgesamt sieht die Stadtverwaltung beachtliche Investitionsausgaben von 63,6 Millionen Euro allein im Jahr 2013 vor. Die städtischen Investitionen bleiben auch mittelfristig auf einem ähnlich hohen Niveau. Dank der Sparanstrengungen der vergangenen Jahre und historisch hoher Steuereinnahmen können parallel dazu bis 2016 ordentliche Tilgungsleistungen in Höhe von rund 8 Millionen Euro pro Jahr vorgenommen werden.

Die von der Verwaltung vorgelegte Finanzplanung sieht kontinuierliche Überschüsse vor. In den Jahren 2013 bis 2016 sollen demnach insgesamt 17,7 Millionen Euro erwirtschaftet werden. Der Finanz- und Personalausschuss hat jedoch kürzlich Beschlüsse gefasst, die den Ergebnishaushalt in diesem Zeitraum um rund 13,9 Millionen Euro belasten. Damit würde im Jahr 2015 sogar ein negatives Jahresergebnis in Höhe von einer halben Million Euro erzielt werden. Um diesen negativen Trend des städtischen Haushalts zu kaschieren, wurde kurzerhand das erwartete Aufkommen der Gewerbesteuer in den Jahren 2014 bis 2016 kräftig angehoben.

Nur durch diesen bilanziellen Trick kann der Schein dauerhafter Überschüsse aufrechterhalten werden. Derartige Beschönigungen des Haushalts lehnen wir entschieden ab, weil sie den Handlungsspielraum für die Politik nur scheinbar erhöhen und Probleme in die Zukunft verlagern. Tatsächlich ist bei den Steuerschätzungen das kaufmännische Vorsichtsprinzip anzuwenden, zumal das Gewerbesteueraufkommen mit großen Unsicherheiten verbunden ist – nicht zuletzt aufgrund der Exportorientierung von Teilen der lokalen Wirtschaft. In der Vergangenheit zugutegekommene Steuernachzahlungen auch für die Zukunft zu erwarten, darf kein Pfeiler der städtischen Finanzplanungen sein.

Auch der Bestand an liquiden Mitteln mahnt zur Vorsicht. Bereits der Verwaltungsvorschlag sieht zur Finanzierung der Investitions- und Tilgungsleistungen einen kräftigen Rückgang des Zahlungsmittelbestands von derzeit 175,6 Millionen Euro auf nur noch 70,5 Millionen Euro im Jahr 2016 vor. Ein weiterer Rückgang ist dagegen kaum zu rechtfertigen. Denn fehlt erst einmal dieser Puffer (etwa zum Ausgleich plötzlicher Steuermindereinnahmen), so ist ein negatives Jahresergebnis nur noch durch die Aufnahme neuer Schulden oder den Verkauf von Vermögensbeständen auszugleichen.

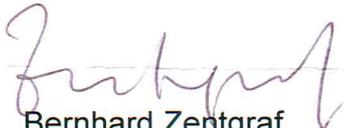
Für bedenklich halten wir des Weiteren Überlegungen, den „Bäder-Beschluss“ aus dem Jahre 2007 aufzuweichen, wonach im Zuge der Errichtung der „Wasserwelt“ bestehende und sanierungsbedürftige Bäder schließen sollen. So soll nun das Sommerbad Waggum kostspielig ertüchtigt und weiterbetrieben werden, obwohl es nur von rund 7.000 Menschen pro Jahr besucht wird. Grundsatzentscheidungen, die auf langfristige Einsparungen abzielen, sollten nicht im Lichte aktueller Haushaltsverbesserungen revidiert werden.

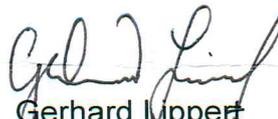
Zusätzlich weisen wir darauf hin, dass auch Investitionen unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit kritisch beleuchtet werden müssen. Dies zeigt nicht zuletzt das Beispiel der angedachten Stadtbahnverlängerung nach Volkmarode, die deshalb nicht förderfähig ist, weil das Nutzen-Kosten-Verhältnis der 17,7 Millionen Euro teuren Maßnahme klar negativ ausfällt. Belegen konnte dies ein Gutachten, das vergangenes Jahr im Auftrag der Braunschweiger Verkehrs-AG erstellt wurde. Der Bund der Steuerzahler begrüßt den Vorschlag der Stadtverwaltung, zunächst ein neues Stadtbahnausbaukonzept mit einer Bewertung möglicher Ausbaustrecken zu erarbeiten. Teure und unwirtschaftliche Baumaßnahmen ohne konzeptionelle Grundlage sind vor den Steuerbürgern nicht zu rechtfertigen.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie diese Bedenken und Hinweise bei den abschließenden Haushaltsberatungen im Stadtrat berücksichtigen könnten. Zusätzliche Ausgabenwünsche sollten zwingend mit Ausgabenkürzungen an anderer Stelle des Etats 2013 einhergehen, um Braunschweigs Stadtfinanzen weiter geordnet zu halten.

Mit freundlichen Grüßen

Bund der Steuerzahler
Niedersachsen und Bremen e. V.


Bernhard Zentgraf


Gerhard Lippert